

Wolfgang Huber

Eine gemeinsame Region – auch für Kirche und Kultur

Potsdamer Rede am 28. November 2013

I.

Am vergangenen Montag, vor drei Tagen also, musste ich schon einmal zu einer Veranstaltung in das Haus der brandenburgisch-preußischen Geschichte. Ich war mit Brandenburgs Innenminister Ralf Holzschuher hier verabredet. Um Sie nicht an der falschen Stelle zu ängstigen, sage ich gleich: Es war ein gutes Gespräch. Aber der Weg hierher war ungewöhnlich. Die Zeit war knapp; ob es mit der S-Bahn noch reichen würde, war ungewiss. Ich entschloss mich zu einer Fahrt mit dem Taxi von Zehlendorf nach Potsdam. Der Taxifahrer rebellierte bereits, als ich ihm mein Ziel nannte. Aber er fuhr schon einmal los. Die Adresse „Am Neuen Markt“ war ihm nicht vertraut. Stattdessen gab er beim Fahren „Neumarkt“ als Ortsangabe in sein Navigationsgerät ein. Als ich ihm riet, es doch mit Potsdam zu versuchen, blieb er am Straßenrand stehen und erklärte nach entsprechenden Versuchen, diesen Ortsnamen nehme sein Navigationssystem nicht an. Vermutlich sagte ich daraufhin etwas deutlicher, ich müsse einen Termin erreichen und hätte keine Zeit zu verlieren. Damit erreichte ich, dass er mich aufforderte, sein Taxi zu verlassen. Mein Versuch, vor dem Aussteigen eine Karte von ihm zu erhalten, scheiterte. Ich könne mir ja seine Taxinummer

merken. Ich wanderte zurück zum Taxistand, wo mich ein freundlicher und aufgeschlossener Taxifahrer aufnahm und mich dringend bat, gegen den Fahrer, unter der entsprechenden Taxinummer Beschwerde bei der Taxibehörde im Berliner Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten einzulegen.

Wir näherten uns inzwischen der Glienicker Brücke; mein freundlicher Fahrer erläuterte mir, es sei nicht gerade selten, dass Taxifahrer, von der Berliner Seite kommend, ihre Fahrgäste an der – oder vielleicht auch auf der – Glienicker Brücke verabschiedeten, weil sie jenseits der Brücke keiner Beförderungspflicht mehr unterlägen. „Verabschieden“, so dachte ich für mich selbst, war wohl ein vornehmes Wort für das, was sich heute auf der Glienicker Brücke abspielt. Zu Zeiten des Häftlingsaustauschs mag das Wort eher gepasst haben.

Davon, dass Potsdamer Taxifahrer sich genauso verhalten wie die Berliner, habe ich in diesem Zusammenhang übrigens nichts gehört; vielleicht würden Sie vom Inhaber ihres Fuhrunternehmens doch wegen geschäftsschädigenden Verhaltens zur Rechenschaft gezogen. Dass für die Taxiprüfung in Berlin nicht die geringsten Grundkenntnisse in Potsdamer Geographie – sagen wir zum Beispiel: Am Alten Markt, Am Neuen Markt und Am Grünen Gitter – verlangt würden, konnte mein freundlicher Fahrer mir nur bestätigen.

Trotz dieser ungewöhnlichen Anreise kam ich pünktlich zu der Veranstaltung hier im Hause. Nach deren Abschluss ergab sich im kleinen Kreis noch ein Gespräch über mein Erlebnis. Auch in diesem Fall, so wurde mir versichert, seien die Taxifahrer ein getreues Spiegelbild der Gesellschaft. Zwar hätten die (West-

)Berliner das Brandenburger Umland als ein Reservoir für Wochenendziele entdeckt; von einem wirklichen Interesse an einem gemeinsamen Lebensraum sei man jedoch weit entfernt. Unter den Brandenburgern sei der Anteil derer, die noch nie in Berlin waren, mindestens so groß wie umgekehrt. Diejenigen Berliner aber, die während der Werktage nach Potsdam pendeln, um in einem der großartigen Forschungsinstitute zu arbeiten oder ihre kreativen Gaben in der brandenburgischen Landesverwaltung einzusetzen, hätten sich vor einigen Wochen an Joachim Brauns Artikel erbaut, der ja sowohl im Berliner Tagesspiegel als auch in den Potsdamer Neuesten Nachrichten erschienen sei. Von einem Institut wurde erzählt, der Artikel sei von Hand zu Hand gegangen und habe reichlichen Gesprächsstoff geboten.

Worin mag der Gesprächsstoff in jenem Institut bestanden haben, der die wissenschaftliche Arbeit so ungeplant aufhielt? Die Möglichkeit, in Berlin zu wohnen und es gleichzeitig von außen zu betrachten oder in Brandenburg zu wohnen und regelmäßig nach Berlin zu pendeln, schärft die Wahrnehmung. Die von Joachim Braun beschriebenen Leerstellen, die Berlin von seiner Geschichte her geblieben sind, können allenfalls in Berliner Betriebsblindheit übersehen werden. Braun nennt als solche Leerstellen den Mangel an eigener Wirtschaftskraft, den Verlust der jüdischen Intelligenz, den Wegfall eines zahlungskräftigen Landes Preußen, das für die Kultur der Hauptstadt aufkommt, und schließlich einen hohen Schuldenstand statt eines sprudelnden Landeshaushalts, der außer durch Zinsverpflichtungen vor allem durch Sozialausgaben belastet ist. Doch davon, dass eine Fusion zwischen Berlin und Brandenburg diese Leerstellen auffüllen könne, wagt kaum jemand zu träumen.

Deshalb taucht die Idee auf, Berlin aus seiner Funktion als Bundesland in eine eigenständige Hauptstadtfunktion zu überführen. Ob diese Idee dadurch gefördert wird, dass man einen Beitritt Berlins zu Brandenburg favorisiert, scheint fraglich zu sein.

Sicher ist: Bessere Kooperation setzt bessere Kenntnis voraus, denn keine Kooperation ohne Kommunikation.

II.

Welche Konstruktion auch immer man einer verstärkten Kooperation zu Grunde legt, die Wortverbindung Berlin-Brandenburg hat sich etabliert. Sie steht für den gemeinsamen Rundfunk, den Verkehrsverbund, eines Tages für den gemeinsamen Flughafen undsofort. Diese Wortverbindung steht übrigens auch schon seit eh und je für die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg, die ihren Namen genau vor zehn Jahren verlängerte, als sich die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz neu bildete. Das Hinzutreten des Görlitzer Kirchengebiets hat jedoch nichts daran geändert, dass Berlin und Brandenburg seit Menschengedenken kirchlich eine Einheit waren. „Tausend Jahre Kirche in Berlin-Brandenburg“ heißt ganz zu Recht der Titel einer monumentalen, von Gerd Heinrich herausgegebenen Darstellung, die im Jahr 1999 erschien und noch auf lange Zeit das Standardwerk zum Thema bleiben wird. Die Gründung der Missionsbistümer Brandenburg und Havelberg im Jahr 948 ist dafür das entscheidende Datum. Wenn im Jahr 2015 die Bundesgartenschau unter der Parole „Von Dom zu Dom“ in die Mark kommt, dann sind die Dome dieser über ein Jahrtausend alten Bistümer Brandenburg und Havelberg gemeint. Allerdings waren die

ersten Missionsanstrengungen nicht von unmittelbarem Erfolg gekrönt, sondern kamen mit dem Wendenaufstand des Jahres 983 weitgehend zum Erliegen; nach einer Stagnation im 11. Jahrhundert mussten die Bemühungen wieder neu aufgenommen werden. Doch formell waren die beiden Missionsbistümer nie aufgegeben worden; so konnte man an vorgegebene Strukturen anknüpfen. 1157 kam Albrecht der Bär endgültig in den Besitz der Havelfestung Brandenburg und erwarb den Titel des Markgrafen von Brandenburg. 1161 wurde das Domkapitel in Brandenburg konstituiert, das nun seit mehr als 850 Jahren kontinuierlich besteht – die älteste über so lange Zeit ununterbrochen fortgeführte Institution im Lande Brandenburg überhaupt. Da ich als Domdechant diesem Gremium vorstehen darf, ist mir der Atem der Geschichte, der einen dabei umwehen kann, durchaus bewusst. Wenige Jahre später, im Jahr 1165 wurde der Grundstein für den Brandenburger Dom gelegt; die 850-Jahrfeier dieser Grundsteinlegung können wir im Jahr 2015 mit der Bundesgartenschau verbinden. Ich sehe darin eine glückliche Fügung und denke dabei an unseren Domkurator Martin Martiny, den wir gerade zu Grabe getragen haben; er hat auf dieses Datum hingearbeitet und wird es nun selbst nicht mehr erleben.

Der bald 850-jährige Dom St. Peter und Paul wird zu Recht als die Wiege der Mark bezeichnet; er beherbergt zugleich die Urkunde über einen zwischen dem Markgrafen und dem Bischof von Brandenburg im Jahr 1237 abgeschlossenen Vertrag, in welcher die Stadt Berlin, genauer Cölln zum ersten Mal erwähnt wird. Wenn Berlin im vergangenen Jahr stolz das 775-jährige Stadtjubiläum begehen konnte, so verdankt es dies, mit aller schuldigen

Bescheidenheit gesagt, dem Dom zu Brandenburg. Einprägsamer kann man einen gemeinsamen Geschichtsraum kaum in einem einzelnen Symbol fassen.

In diesem gemeinsamen Geschichtsraum vollzog sich in den folgenden Jahrhunderten das Auf und Ab im Wechselspiel zwischen geistlichen und weltlichen Mächten. Zu den wichtigen Zäsuren gehörten der Aufbruch zu Reformen, unter denen die Ansiedlung der Zisterzienser in unserer Region ohne Zweifel die bedeutendste war, der Übergang zur Reformation – offiziell im Jahr 1539 vollzogen – , der Übertritt des Herrscherhauses zum reformierten Bekenntnis im Jahr 1613, der das Land dazu prädestinierte, eines fernen Tages für die Union zwischen dem lutherischen und dem reformierten Flügel der Reformation ein weithin sichtbares Zeichen zu setzen, auch wenn es zu diesem Zeichen erst nach zwei Jahrhunderten im Jahr 1817 kam. Das Land wurde zum Schauplatz der erbitterten, Menschenleben verzehrenden und Landstriche verheerenden Auseinandersetzungen des Dreißigjährigen Kriegs; es erlebte die Verbindung von Thron und Altar mitsamt der Rolle von Feldpredigern in den Kriegen, an denen Preußen zentral beteiligt war. Die Erweiterungen infolge dieser Kriege ließen den Anteil der Katholiken an der Wohnbevölkerung des Landes wachsen und machten die konfessionelle Parität aus einem Prinzip des Reichsrechts zu einem Gestaltungsprinzip auch der preußischen Lebenswirklichkeit. Das Land hatte teil an dem durchaus pragmatisch motivierten Geist der Toleranz, der den Staat und seine Bürger lehrte, in Fremden nicht eine Bedrohung, sondern einen wirtschaftlichen, kulturellen und religiösen Zugewinn zu sehen. Aber es erlebte auch die Segnung von Soldaten, die in den Krieg zogen,

die Dekoration von Kirchen mit den im Krieg eroberten Fahnen gegnerischer Truppen, das „Gott mit uns“ auf den Koppelschlössern des Ersten Weltkriegs, den Aufmarsch uniformierter SA-Einheiten am 30. Januar 1933 am Brandenburger Tor wie am 21. März 1933 vor der Potsdamer Garnisonkirche – jeweils unter den lauten Hurrarufen einer begeisterten Bürgerschaft, die zwischen Zylinder und Pickelhaube keinen Abstand mehr kannte.

Die Spur der Zerstörung, die in diesem Geschichtsraum erdacht worden war, kehrte in der Schlussphase des Zweiten Weltkriegs mit Wucht gerade in diese Region zurück. Das demonstrierten die Bombenangriffe auf Berlin vom 22. bis 24. November 1943. Für sie ist die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche zum Mahnmal geworden; dort wurde am vergangenen Sonntag ein Gedenkgottesdienst für die Opfer der Luftangriffe vor siebzig Jahren gehalten. Das Gleiche wiederholte sich in der Zerstörung der Potsdamer Innenstadt in der „Nacht von Potsdam“ vom 14./15. April 1945. Nicht nur mit dem Tag, sondern auch mit der Nacht von Potsdam beschäftigen wir uns, wenn wir uns um den Wiederaufbau der Garnisonkirche Potsdam – mit dem Turm beginnend – bemühen. Aber ebenso behalten wir auch die Entscheidung zur gewaltsamen Sprengung des erhaltenen Turmteils im Sinn, die auf Walter Ulbrichts Geheiß am 23. Juni 1968 – nach einem vorausgehenden missglückten Sprengungsversuch am 14. Mai desselben Jahres – erfolgte. Auch diese Geschichte einer mehrfachen Zerstörung gehört zu den Signaturen eines gemeinsamen Geschichtsraums. Sie werden spüren: Von der Garnisonkirche rede ich nicht nur deshalb, weil ich das Kuratorium für den Wiederaufbau dieser Kirche leite. Es ist eher umgekehrt: Ich

engagiere mich für dieses Projekt, weil ich keinen anderen kirchlichen Ort in Deutschland kenne, an dem wir mit den Spannungen und Widersprüchen, den Abgründen und ermutigenden Beispielen unserer Geschichte so hautnah konfrontiert werden wie am Ort der Garnisonkirche in Potsdam. Nur: Dieser Ort ist noch immer eine Leerstelle. Die provisorische Kapelle, die zugleich eine Ausstellung beherbergt, steht für diese Leerstelle. Manche sagen: Der Ort muss leer bleiben – als ob es nicht ohnedies schon genug leere Stellen in unserer Region gäbe. Ich bin überzeugt: Die Errichtung dieses Gebäudes mit neuer Bestimmung und neuer Nutzung wird der Stadt Potsdam, unserer Region und Deutschland insgesamt gut tun. Wir brauchen Kristallisationspunkte, an denen sich ein gemeinsames Geschichtsbewusstsein bilden kann. Wir brauchen Orte, an denen die Gewissen geschult werden und die Verantwortung für eine gute europäische Zukunft gestärkt wird.

Merkwürdig genug: Das Nachdenken über die gemeinsame Zukunft dieses Raums beginnt häufig nicht mit der lang in die Vergangenheit reichenden Spur einer gemeinsamen Geschichte und auch nicht mit der verbindenden Zerstörungsgeschichte. Die Erzählungen beginnen vielmehr oft mit der Absage an Preußen durch den Alliierten Kontrollrat am 25. Februar 1947. Für den kirchlichen Lebenszusammenhang muss man klarstellen, dass die Verbundenheit in diesem Raum nicht davon abhängt, ob der Staat Preußen nach seiner doppelten Vernichtung – durch Papens Preußenschlag von 1932 zuerst und danach durch die Kapitulation von 1945 – auch noch vom Alliierten Kontrollrat als nicht existent erklärt wurde. Vielmehr blieb die Zusammengehörigkeit der in der altpreußischen Union verbundenen Provinzialkirchen weit über

diesen Zeitpunkt hinaus ungeschmälert erhalten. Allerdings fügte man sich dem Verbot des Wortes „Preußen“ in der DDR insoweit, als 1953 aus der „Evangelischen Kirche der altpreußischen Union“ eine „Evangelische Kirche der Union“ wurde. Die ehemaligen Provinzialkirchen wurden Landeskirchen; und die ehemalige preußische Landeskirche wurde ein Kirchenbund. Genau diese Veränderung ermöglichte es, dass die Evangelische Kirche der Union in allen Jahrzehnten der deutschen Teilung eine unverzichtbare Klammer zwischen Ost und West wurde. So stark war diese Funktion, dass dieser Kirchenbund danach die Bereitschaft entwickelte, gänzlich in der größeren Gemeinschaft der Evangelischen Kirche in Deutschland aufzugehen. Dass dieser Prozess noch immer nicht ganz ans Ende kam, ist eine Geschichte, die ich heute und hier nicht erzählen will.

Wichtiger ist, dass wir noch einen zusätzlichen Blick auf den Weg der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg werfen. Sie war wie keine andere evangelische Landeskirche von der Teilung Deutschlands betroffen. Denn ein Teil dieser Kirche lag in Berlin-West, ein anderer in Ost-Berlin und Brandenburg. Realistisch musste man sich auf die Möglichkeit einstellen, dass diese Form kirchlicher Gemeinschaft eines Tages durch äußeren Zwang auseinander gerissen würde. Darauf bereitete sich die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg durch eine Notverordnung vom 18. Juni 1959 vor, die für den Fall einer Trennung vorsah, dass in den beiden durch staatlichen Zwang entstehenden Regionen getrennte Teilsynoden und Kirchenleitungen eingerichtet würden. Das war, wie sich herausstellen sollte, nicht ein Ja zu solchen staatlichen Maßnahmen, sondern ein Unterpfand der Gemeinschaft. Nach dem

Bau der Berliner Mauer blieb die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg erhalten, wenn auch in zwei Regionen getrennt. Als die Mauer fiel, bestand wieder eine ungeteilte Kirche, deren Teile sich freilich in ihren Strukturen wieder aufeinanderzu bewegen mussten. Als ich im November 1993 zum Bischof gewählt wurde, erlebte ich gerade noch die letzten Ausläufer dieses schwierigen Prozesses. In vielen Hinsichten war gleichwohl noch nicht zusammengewachsen, was zusammengehört.

Ich habe mir ziemlich bald eine Auffassung zurechtgelegt, der zufolge die Kirche es im Einigungsprozess besonders leicht und besonders schwer zugleich hatte. Besonders leicht: denn sie brauchte keine Fusion, um zusammenzukommen; sie gehörte zusammen. Wie oft hörte ich, die Kirche hätte schon vorweggenommen, was politisch nun versucht werde! Doch auf die Frage, wann wir denn diese kluge Entscheidung getroffen hätten, konnte ich wahrheitsgemäß nur antworten: vor eintausend Jahren – und da stand eine andere Entscheidung gar nicht zur Disposition, zum Beispiel deshalb nicht, weil es Berlin noch gar nicht gab, ja nicht einmal Cölln. Die Aufgabe war auch deshalb einfach, weil die evangelische Kirche in der DDR ein hohes Maß an Eigenständigkeit bewahrt hatte, an das wir bei dem gemeinsamen Neuanfang anknüpfen konnten. In der Bindung an biblische Texte und kirchliche Traditionen, die Kirchenlieder vor allem anderen, verfügten wir über eine gemeinsame Sprache, wie sie in anderen gesellschaftlichen Bereichen nicht mehr gegeben war. Mit der Verantwortung für unsere Kirchengebäude, mit der Verstärkung diakonischer Arbeit, mit dem Einsatz für den Religionsunterricht standen uns konkrete Aufgaben vor Augen, die zusammenführen konnten. Aber zugleich

war die Aufgabe besonders schwer: denn politische Strukturen kann man anpassen, ein Verständnis für demokratische Abläufe kann man wecken, um wirtschaftlichen Aufbau kann man sich bemühen und die sozialen Sicherungssysteme angleichen. Das alles ist nicht einfach; aber es ist eine Aufgabe von Jahren, nicht von Jahrzehnten. Doch die Kirche muss sich mit der Tiefenschicht der Überzeugungen beschäftigen. Hier aber haben sich in der doppelten und in vielen Hinsichten so unterschiedlichen Geschichte der zwei Diktaturen auf deutschem Boden während des 20. Jahrhunderts Differenzen entwickelt, die noch immer von Generation zu Generation weitergegeben werden, obwohl wir politisch und wirtschaftlich schon seit bald einem Vierteljahrhundert ein Land sind. Unübersehbar tragen wir an den Folgen einer forcierten Entkirchlichung. Wenn Sie ein Modell brauchen, an dem Sie studieren können, warum die Fragen, die mit der neuen „Initiative Aktive Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg“ leicht und schwer, chancenreich und anstrengend zugleich ist, dann schauen Sie in paradigmatischer Absicht auf den Weg der Kirchen, ganz besonders unserer evangelischen Kirche.

III.

Mit einigen praktischen, anfassbaren Vorschlägen und Beispielen will ich schließen. Doch solche Vorschläge und Beispiele setzen voraus, dass das Bild von der Realität nicht zu harmlos ist.

Der gemeinsame Geschichtsraum Berlin-Brandenburg ist in vielen Hinsichten zerklüftet. Man muss dazu bereit sein, Widersprüche auszuhalten und mit Spannungen umzugehen, wenn man die Zusammengehörigkeit dieses Raums behaupten – und

mehr noch: gestalten will. Die kirchliche Erfahrung heißt: Zunächst stand uns die Teilung in die Regionen Ost und West vor Augen: Berlin West sowie Ost-Berlin und Brandenburg. Sobald wir näher zusammenrückten, merkten wir: Über diese aus der Zeit der deutschen Teilung stammende Betrachtungsweise legt sich die Differenz zwischen Stadt und Land, zwischen dem Gebilde Berlin, das Stadt und Bundesland in einem ist, und dem Land Brandenburg, dessen Identität erst wieder aus den Bezirken Potsdam und Frankfurt zusammengefügt werden musste (was so gut gelang, dass die Bezirke heute beinahe aus der Erinnerung verschwunden sind). Aber in Wahrheit haben wir nicht zwei oder drei, sondern mindestens fünf unterschiedlich geartete Regionen: Wir haben nach wie vor eine Differenz zwischen Berlin-Ost und West, die umso prägender ist, als diese Unterscheidung ja keineswegs erst mit den Sektorengrenzen und dem Bau der Mauer entstanden ist. Wer die Chance hatte, Erzählungen über das Berlin der zwanziger Jahre zu hören, kannte diese Grenze schon. Neben diese beiden Regionen tritt der sogenannte „Speckgürtel“, der in Brandenburg gelegene Verdichtungsraum, dessen Entwicklungsdynamik durch die Sogkraft der Hauptstadt geprägt ist. Dann kommen die Städte Brandenburgs,, die unter anderem zugleich Hochschulstandorte sind, wie Potsdam, Frankfurt an der Oder und Cottbus, aber dann auch die mittleren und kleineren Städte von Prenzlau, Neuruppin oder Wittstock bis Doberlug-Kirchhain, Jüterbog, Finsterwalde oder Spremberg. Mit der wachsenden Entfernung vom Zentrum werden die landwirtschaftlichen Regionen größer und die Besiedelung wird dünner. Doch auch diese fünfte Region in meiner Analyse ist in sich selbst vielfach gegliedert und unterschieden. Denn die Wahrheit ist:

Brandenburg ist nicht eine kleine DDR, sondern es ist Deutschland im Kleinen. Nimmt man Brandenburg und Berlin zusammen, dann erlebt man hier sowohl ein West-Ost-Gefälle, das man exemplarisch am Verhältnis zwischen dem Westen und dem Osten der Stadt Berlin studieren mag, aber auch ein Süd-Nord-Gefälle, für das ein Vergleich zwischen der Lausitz und der Uckermark das nötige Anschauungsmaterial bereit hält.

Einheitsbilder oder zweipolige Betrachtungsweisen helfen da nichts. Ein zusammengehörender Geschichtsraum zeigt ein erhebliches Maß an Differenzierung, für die ich einige anschauliche Beispiele nennen wollte.

IV.

In den Jahren seit 1994 gehörte ich zu den glühenden Verfechtern der Fusion. Am 5. Mai 1996 litt ich mit den Protagonisten bei einer Zusammenkunft in Schloss Glienicke, die als Freudenfest geplant war und stattdessen zum organisierten Katzenjammer geriet. Seitdem habe ich mich darauf konzentriert, mich an praktischen Kooperationen zu beteiligen, deren Inhalt wichtiger war als ihre Organisationsform. Als Kirche schauten wir sogar über den Raum Berlin-Brandenburg hinaus. Kooperationsangebote machten wir Pommern genauso wie der schlesischen Oberlausitz, Anhalt genauso wie der Magdeburger Kirchenprovinz. Daraus entstand in der Regel anderes als ursprünglich geplant. Aber immerhin: Die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz wurde zum 1. Januar 2004 ins Leben gerufen. Die Kirchenprovinz Sachsen verband sich mit der Evangelisch-Lutherischen Kirche Thüringens im Jahr 2009 zur Evangelischen Kirche in

Mitteldeutschland. Im Norden kam es 1912 zu einer Ost-West-Neugründung; zur Evangelischen Kirche in Norddeutschland gehören Schleswig-Holstein und Hamburg genauso wie Mecklenburg und Vorpommern. Die Institution mit einer eintausendjährigen Geschichte erweist insoweit in unserer Region doch eine erstaunliche Innovationskraft.

In deren Rahmen wie im kulturellen Bereich, der damit eng verbunden ist, entwickeln sich zugleich Kooperationsbeziehungen und Verflechtungen, in denen ich ein besonders wichtiges Unterpfand einer guten Entwicklung in die Zukunft sehe. Ich nenne zunächst Beispiele aus dem engeren kirchlichen und dann aus dem kulturellen Bereich.

Die Fördervereine für die Erhaltung brandenburgischer Kirchen, die nach 1990 wie Pilze aus dem Boden schossen, umfassen in aller Regel Mitglieder aus Stadt und Land, aus Berlin und Brandenburg – und übrigens: Kirchenmitglieder wie Nichtmitglieder. Der Förderverein Alte Kirchen Berlin-Brandenburg hat interessanterweise seinen Ursprung in Marburg, also dort, wo die alten Bundesländer am ältesten sind. Menschen, die den Spielraum hatten, sich um alte Kirchen zu kümmern, als die meisten Brandenburger noch andere Sorgen hatten, entdeckten, dass die Kirchen herausragende Kulturträger sind, und machten sich zu deren Anwälten. Daraus entstand eine Bewegung zur Wiederbelebung dieser Kirchen, die zur Entwidmung von neuen, nach dem Zweiten Weltkrieg gebauten Kirchen in den alten Bundesländern in eigentümlichem Kontrast steht. Wichtige Kulturinitiativen folgten der Idee, Menschen aus Berlin – vor allem aus dem Westteil der Stadt – mit den kulturellen Schätzen des

Umlands vertraut zu machen. Der „Dorfkirchensommer in Brandenburg“ ist ein liebenswertes Beispiel dafür, von mir auch deshalb besonders geschätzt, weil meine Frau daran beteiligt war. Die Brandenburgischen Sommerkonzerte sind ein herausragendes Beispiel für ein Musikfestival, das ganz gezielt darauf angelegt war, die Mauer in den Köpfen abzubauen. Berliner, auch Hamburger fahren in die Mark; in wachsendem Maß gewinnen auch die Brandenburger selbst dieses Festival lieb; und sie sind außerdem hinreißende Gastgeber für die „Klassiker auf Landpartie“. Nach 25 Jahren ist dieses Festival noch so vital wie zu Beginn. Im Domstift Brandenburg erfahre ich, dass die tragenden Personen ganz selbstverständlich aus Brandenburg und Berlin, aus Ost und West stammen. Die unterschiedlichen biographischen Prägungen treten schon längst hinter der gemeinsamen Aufgabe zurück. Die Garnisonkirche Potsdam, ein ohne Zweifel besonders kontroverses Projekt, ruft Reaktionen hervor, die sich schon längst nicht mehr nach Berlin und Brandenburg oder nach Ost und West sortieren lassen. Es geht vielmehr um die Alternative zwischen einer rückwärtsgewandten Fixierung (die es bei Befürwortern wie bei Gegnern des Wiederaufbaus gibt) und dem Willen, die Auseinandersetzung mit der Geschichte so zu führen, dass sich daraus etwas für die Gestaltung der Zukunft lernen lässt. Tausend Jahre Kirche in Brandenburg ist eben keine Einbahnstraße.

IV.

Mit welchen Hoffnungen begleite ich den Neustart einer Diskussion über das Verhältnis zwischen Berlin und Brandenburg, der mit der Initiative Aktive Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg begonnen

wird. Meine Antwort ist denkbar einfach; sie lässt sich in fünf Punkten zusammenfassen.

1) Aus der Geschichte lernen: Diese Region muss nicht neu erfunden werden; sie ist ein gemeinsamer Geschichtsraum. Die Idee, man müsse durch Fusion verbinden, was nichts miteinander zu tun hat, ist im Ansatz falsch.

2) Religion und Kultur ernst nehmen: dieser Raum wird nicht nur durch Wirtschaft und Politik hergestellt – so wichtig diese sind –; er hat eine kulturelle und religiöse Tiefenschicht. Ein Jahrtausend christlicher Geschichte vergisst sich nicht; die Kultur pragmatischer Toleranz wird auf neue Weise aktuell; die unterschiedlichen Sozialräume dieser Region können sich wechselseitig bereichern.

3) Die Entwicklungsdynamik für die ganze Metropolitanregion fruchtbar machen: Berlin erlebt eine dynamische Entwicklung; aber die Hauptstadt soll sich nicht zu wichtig nehmen. Sie muss selbst ihren Ort in der Region aktiv definieren. Entweder gewinnt sie einen Status außerhalb des Föderalismus nach dem Beispiel Washingtons; oder sie gliedert sich ohne Hochmut in Brandenburg ein, wofür sie Brandenburg erst einmal gewinnen muss.

4) Zusammenarbeit gestalten: In der Zwischenzeit sollten wir die Kooperation fördern, wo immer das geht. Die Kultur sollte dabei eine eigenständige Rolle spielen. Institutionen, die ohnehin schon Berlin-Brandenburg im Namen tragen, sollten vorangehen: die Kirchen, der Rundfunk, der Verkehrsverbund. Andere, die sich dieser Aufgabe verschrieben haben, sollten als Brückeninstitutionen wahrgenommen werden: die Schlösser und Gärten, die Sommerkonzerte, der Dorfkirchensommer, der Förderverein Alte Kirchen. Herausragende Projekte – den Dom in Brandenburg und

den Wiederaufbau der Garnisonkirche in Potsdam rechne ich dazu – sollten in bewusster Gemeinsamkeit von Berlinern und Brandenburgern getragen und gestaltet werden.

5) Entschlossene Gelassenheit: Wir sollten den Weg entschlossener Gelassenheit gehen. Gemeinsam sollten wir gestalten, was gemeinsam geht; wir sollten uns möglichst wenig aufregen über das, was noch nicht gemeinsam geht. In Kirche und Kultur beschäftigen wir uns vor allem mit der ersten dieser beiden Aufgaben: Was gemeinsam geht, wird gemacht. Was noch nicht gemeinsam geht, hält uns nicht auf. Wenn alle nur noch damit beschäftigt sind, gemeinsam zu gestalten, was gemeinsam geht, ist das Problem gelöst.